

## Auswertung der Fragebögen zum Wahlausgang

Alter	Summe abgeg. Fb	Anzahl Genoss*innen	Anzahl Gen. zu abgeg. Fb in %	in %
anonym	13	13	100	
16-20	0	5	0	
21-25	1	19	5,2631579	5,26
26-30	2	38	5,2631579	5,26
31-35	2	55	3,6363636	3,64
36-40	1	55	1,8181818	1,81
41-45	2	58	3,4482759	3,45
46-50	3	61	4,9180328	4,92
51-55	2	86	2,3255814	2,33
56-60	4	99	4,040404	4,04
61-65	5	65	7,6923077	7,69
66-70	4	81	4,9382716	4,94
71-75	16	149	10,738255	10,07
76-80	9	200	4,5	4,5
81-85	2	227	0,8810573	0,88
86 u.älter	0	142	0	
<b>Summe</b>	<b>66</b>	<b>1353</b>	<b>4,8780488</b>	<b>4,87</b>

Im Bezirksverband Pankow sind zum Stichtag **1353** Genoss\*innen organisiert.

Davon beteiligten sich **66** an der Umfrage.

Statistisch entspricht die Anzahl einer prozentualen Beteiligung von **4,87%**

Die Aufteilung der Anzahl in den Altersgruppen und die Verteilung in Prozent ist aus nebenstehender Tabelle zu entnehmen.

Die Genoss\*innen haben Erläuterungen geschrieben, egal ob eine Bewertung über **5** abgegeben wurde oder nicht.

## 1. Wahlausgang

### a) Bilanz der Regierungsbeteiligung


0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2	2	2	2	5	5	8	9	12	5	9	Summe

#### ➤ Wahrnehmung des Wirkens der Koalition

- Politisches Profil wurde den Koalitionszwängen untergeordnet
- Wachsender Glaubwürdigkeitsverlust war der Preis für die Regierungsbeteiligung
- Zu wenig Widerborstigkeit gegenüber dem Koalitionspartner
- Erfolge zu wenig betont – Koalitionsbrücken waren wichtiger
- Regierungsbeteiligung heißt nicht Anpassung, d.h. die Linke in Berlin hat zu wenig getan, um sich in der Koalition als linke Partei zu profilieren
- Als Partei für soziale Gerechtigkeit eintreten, ging durch unser Mitwirken und der Verteidigung eines neoliberalen Sparkurses bei vielen Wählern verloren
- Es ist schwierig, in einer Koalition sein Gesicht zu behalten und das eigene Profil zu stärken.
- Abgehen von Wahlversprechungen in der Koalition
- tendenzielle Ausgrenzung der Arbeit linker Senatoren
- Die Arbeit in der Regierung war unter den gegebenen Umständen gut. Aber was bei den potentiellen Wählern ankam, machte dies nicht deutlich. Es konnten einfach zu wenige von den eigenständigen Leistungen der linken Senatoren überzeugt werden.
- es war kein sachbezogener Wahlkampf sondern ein personenbezogener
- die Regierungsbeteiligung mutierte um nahezu jeden Preis zu dem Betätigungsfeld der Partei. Ihr politisches Profil verblasste immer mehr in Koalitionszwängen mit einer neoliberal ausgerichteten SPD. Die Partner wurden vom Wählerpotential zunehmend als eine Koalitionspartei wahrgenommen. Nicht die Politik sondern DIE LINKE hatte sich gewandelt.

- Zurückblickend habe ich den Eindruck, dass es nicht gelungen ist, gegenüber der SPD eigene Forderungen durchzusetzen und dies auch bewusst nach außen zu tragen. Die Partei hat sich in Teilen den angebiedert, die sie eh nie wählen werden.
- Die Partei hat sich in Regierungsverantwortung als Radikalpragmatiker gebärdet und sich so den sozialen Bewegungen entfremdet.
- Kein öffentlich wahrzunehmender Widerstand bei
  - Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaften
  - Mieten( Widerspruch zwischen Aussagen und Realität)
  - Ursache des Schuldenberges Berlins wurde nicht dargestellt
  - Kampf gegen den Wassertisch
  - Keine Nutzung der juristischen Möglichkeit zur Re-Kommunalisierung
  - Keine Forderung zur BGB- Änderung
  - Ausarbeitungsweise des Mietspiegels
  - Wichtige stadtpolitische Entwicklungen wie steigende Mieten, Gentrifizierung, Wasserpreise usw. und daraus entstehende Protestbewegungen wurden ignoriert und zu spät Konzepte entwickelt


b) bundespolitische Debatten

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2	2	8	1	7	8	8	6	12	7	1	Summe

- Antisemitismus und Debatte zum Mauerbau waren destruktiv wirkende und unfruchtbare Auseinandersetzungen
- Öffentliches Austragen von Differenzen linker Spitzen über Medien ungeeignet
- Nebensächlichkeiten unnötig aufgeblasen
- Debatten von den Medien aufgezwungen und dann mit bedient
- Verärgerung ostdeutscher Wähler
- Wir brauchen uns nicht vom politischen Gegner vorschreiben zu lassen, wem wir zum Geburtstag gratulieren; ebenso wenig nicht, dass wir Antisemitismus und Kritik an Israels Staatspolitik prinzipiell trennen
- Partei springt über jeden Stock, der ihr hingehalten wird – Anpassung an den Mainstream schadet

- Antworten, die die Zukunft und das Leben aller Menschen betreffen
- Von Medien und Funktionäre aufgeblähte Debatten hatten nicht den Einfluss auf unsere Wähler
- Boykott der Jungen Welt, Diskussion Castro Brief schadet uns
- Hier ist es konservativer Politik und Medien gelungen, führende Kräfte der Linken an Dauerthemen fest zu nageln, die alle bereits viel differenzierter durch linke Wissenschaftler ausgearbeitet worden sind. Größere Gelassenheit, auch Schlagfertigkeit wäre angebracht gewesen, statt in das offene Messer zu laufen.
- Die Diskussion vor der Wahl war unklug; wir reagieren auf Reizwörter ; Die Linke hat sich zu oft entschuldigt für alles und jeden, sie könnte doch endlich gelassener reagieren.
- Pluralismus ist gut. Aber vor allem, wenn man Verantwortung übernimmt, besonders in Regierung, müssen klare politische Haltungen und Botschaften an die Bevölkerung übermittelt werden. Dazu fehlt offensichtlich Struktur und/oder Kompetenz. Vor allem die Parteispitze sollte sich ihrer repräsentativen und vermittelnden Funktion bewusst werden, anstatt sich als Teil einer nicht einzuschätzenden, polarisierenden Kontroverse zu präsentieren oder sich hineinziehen zu lassen. Das erweckt nicht das Gefühl des Vertrauens für einen Außenstehenden. Erst recht nicht, wenn man wie die LINKE eine stark vorbelastete Vergangenheit hat, die schon allein als solche ein unterschwelliges Misstrauen in einem Außenstehenden erzeugt.
- Mangelnde Souveränität den Vorwürfen daraus zu begegnen.
- Die Debatte über den Brief an Castro war dumm, denn warum sollten Wähler\*innen der Linken ein Problem mit Cuba haben. Die Debatte über Wege zum Kommunismus war absurd. Es gibt keinen Grund sich in die Ecke schieben zu lassen. Wo sind die Debatten über die CDU und FDP und ihr Verhältnis zu wirklich verfassungsfeindlichen Rechtaußengruppen (BdV, Burschenschaften).

### c) Strömungsauseinandersetzungen

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
8	6	10	8	7	5	3	5	5	2	2	Summe

- Spielen in der Bundespolitik eine Rolle
- Nicht die Auseinandersetzung selbst, aber die Art und Weise der Austragung in den Medien
- Auseinanderstreben der Kräfte ist größer als der Wille zu Zusammenhalten und der Solidarität
- Streitigkeiten sind nur innerhalb der Partei zu führen

- Wenn schon Strömungen, dann hinarbeiten auf ein gemeinsames Verständnis der Situation, in der wir leben und der gemeinsamen Suche nach einem Ausweg, nach Alternativen
- Strömungsauseinandersetzungen werden als zerstörerisch erlebt und Grund für das Verlassen der Partei
- Strömungsauseinandersetzungen sind überflüssig, berühren nur wenig die Interessen und Probleme unserer Wähler und liefern das Bild einer zerstrittenen Partei
- Eine zerstrittene Partei wird nicht gewählt
- Öffentliche Diskriminierung des bzw. der Andersdenkenden/Gruppierungen in der Partei bis zur persönlichen Verunglimpfung
- Sollten nicht als solche von uns benannt, sondern als Kritik angenommen werden
- Es gelingt immer wieder, die Unterschiede als von grundsätzlicher Art darzustellen; grundlegende Gemeinsamkeiten werden nicht selten ausgeklammert; hier sollte geschickter argumentiert werden; Unterschiede und Debatten aber auch als unverzichtbar/produktiv im Umgang mit unterschiedlichen Ansichten herausgestellt werden
- Mir selbst erschien die Auseinandersetzung oftmals recht undurchsichtig, manchmal hinterlassen sie den Eindruck des reinen Selbstzwecks und Streitereien
- Sympathisanten der Linken sind diese Diskussion gewöhnt
- 

d) mediale Zuspitzung/ Ausgrenzung

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	→ Summe
2	7	4	8	3	9	5	6	11	4	1	

- Ausgrenzung durch die Medien
- Mediale Ausrichtung auf die beiden Spitzenpolitiker hatte Einfluss auf Wahlergebnis
- Für nicht ND-Leser fand die Linke so gut wie nicht statt
- Diese Ausgrenzung hat sehr dazu beigetragen. Als hätte es die Regierungsbeteiligung gar nicht gegeben.

e1) Bundesebene

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
4	4	4	10	6	8	5	6	11	2	

Summe

- Medien denunzieren unsere Parteivorsitzenden, das stößt bei Wählern auf Unverständnis
- Mehr öffentliche Auftritte der Genossen erforderlich
- Vor einer Landtagswahl sollten die Bundespolitiker sich überlegen, welche Aktionen sie starten und besser die Folgen abwägen
- Führungsschwäche, mangelnde Souveränität beim Umgang mit Medien

E2) Landesebene


0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
5	2	3	3	5	10	4	9	11	4	3

Summe

- Anpassende Haltung der „Reformer“ und Entwicklung in Richtung einer zweiten SPD, die wir nicht brauchen
- Einseitige Arbeit auf die Parlamentsarbeit und Unterschätzung der außerparlamentarische Arbeit und Aktionen( Wassertischbegehren)
- Abschreckende “reformistische“ Position des LV
- Kein klar erkennbarer Zug zu den Fragen der Zeit- Waren die nicht erkennbar?
- Hier entstand in der Tat der Eindruck von Zerstrittenheit und Führungsschwäche
- Tatsächliche Leistungen der Linkspartei wurden nicht sichtbar und wurden von den Direktkandidaten nicht vermittelt
- Ich halte den Konfrontationskurs der Landesspitze gegen Bundesparteiführung für falsch. Die Regierungszeit hat eine grundsätzliche Unterscheidbarkeit gegenüber der SPD vermindert.


f) kommunalpolitische Versäumnisse

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
3	3	5	6	4	12	5	12	5	2	1


  
 Summe

- Berliner Wassertisch – Volksentscheid fand wenig Unterstützung
- Straßenausbaubeitragsgesetz schadet den Bürger
- ÖBS hat zu wenig erreicht
- Verschiedene Äußerungen und Unmut zu Mietenpolitik
- Verkauf kommunaler Wohnungen
- Wie LINKE Politik in bankrotter Stadt?
- Bildungspolitik – (aufgefallen: Sekundarschulen brachten Ärger ; Verwurzelung der Gymnasien nicht erkannt?)
- Gesundheitswesen – 2 Klassenpolitik
- Ungenügender Einsatz für die Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens in Pankow
- Schwimmhalle Wolfshagener Straße, Kulturhaus Erich Weinert
- ÖBS betrifft nicht so viele, Berlin Pass ebenfalls – aber beides gut
- Gemeinschaftsschule guter Anfang ; unser schulpolitische Sprecher war aber nicht wahrnehmbar bei schulpolitischen Diskussionsrunden
- Wohnungspolitik und Mieten waren wir schlecht vorbereitet – Flyer kamen zu spät
- Industrieansiedlungen
- die BVV Fraktion wurde nicht wirklich wahrgenommen
- Zu wenig Druck auf Senatorin zur Behebung des S-Bahn-Chaos
- Funktionierender Jugendverband fehlt
- Keine eindeutige Distanzierung zur sog. Linksextremismus und dessen Vertreter

g) Zustand der Partei

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
		2	1	5	24	4	11	7	2	1	Summe

- Versuch innerpolitischer Demokratie zu befördern; ist unzureichend spürbar
- Kluft zwischen Basis und Vorständen
- Altersstruktur und Zerstrittenheit der Partei
- BO`s haben sich öfters zur Lage in der Partei geäußert und keine Antwort vom BV erhalten
- Altersstruktur – mangelnde Attraktivität und Aktionsfähigkeit der Partei
- Wir sind für junge Menschen nicht interessant.
- Sozial – ist für die Jugend kein Thema, sie ist unpolitisch
- Intensivere Beratung der Vorstände mit der Basis
- BO`s sind nicht mehr zeitgemäß, da sich die Altersstruktur negativ entwickelte
- Die Partei hat an Attraktivität verloren. Sie wird immer mehr zu einer normalen Partei in der BRD, die sich den sogenannten Zwängen unterordnet und die Spielregeln des Parlamentarismus verinnerlicht. Es nützt ihr diese Anpassung aber nichts. In dem antikommunistischen Klima wird sie weiter verunglimpft. Notwendigkeit der Bildung von Ortsverbänden
- Kandidatenaufstellung im Wahlkreis gegen die Basis, Funktionärstum, Amtsträgertum, finanzielle Abhängigkeiten; Extra Drei wie frühere Parteizeitung schwarz/ weiß
- Eine Auszeit wird uns gut tun, irgendwie müssen wir uns neu sortieren;
- Kommunikation ist nach wie vor ein Problem, Transparenz ebenso.
- Auf Grund des Alters der Mehrzahl der Mitglieder verschwinden der Kontakt und die Reflexion unter den Berufstätigen, in Schulen, Vereinen, Projekten und Initiativen.
- Linke muss stärker ihre Alleinstellungsmerkmale herausarbeiten und einsetzen, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Teilhabe, Frieden, Internationalismus; Verbündete in anderen Lagern suchen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen( z.B. Kirche, Hilfsorganisationen, Nichtwähler)
- Stärker auf BO `s zugehen, wie schwer es auch fällt; unterbrochene Umstrukturierung auf Kiezebene entschlossener fortsetzen

- Berichterstattung unserer Abgeordneten aus Basistagen sollte unbedingt weiter geführt werden
- Öffentliche Fraktionssitzungen einführen

### 3. Flugblätter zum Thema

Thema richtig gesetzt?

Alter	ja	nein	teils
anonym	8	1	2
16-20			
21-25		1	
26-30			1
31-35	1		1
36-40	1		
41-45	1		1
46-50	1		2
51-55			1
56-60	2		2
61-65			1
66-70	2		1
71-75	8		3
76-80	7		1
81-85	1		
86 u.älter			
<b>Summe</b>	32	2	16

Flugblätter waren?

Alter	ger. Richtig	zu lang	zu kurz
anonym	9	1	
16-20			
21-25			
26-30	1		
31-35	1		
36-40	1		
41-45	1		
46-50	1		
51-55	1		
56-60	2		
61-65			
66-70	2		
71-75	9	1	
76-80	5	1	
81-85	1		
86 u.älter			
<b>Summe</b>	34	3	

#### 4. Plakate

Themenplakate

Personenplakate

Großflächen

Alter	ja	nein	teils	Alter	ja	nein	teils	Alter	ja	nein	teils
anonym	5	3	3	anonym	7	2	2	anonym	5	1	4
16-20				16-20				16-20			
21-25			1	21-25			1	21-25			1
26-30		1	1	26-30	1	1		26-30	1	1	
31-35	1			31-35	1			31-35	1		
36-40	1			36-40	1			36-40	1		
41-45		1	1	41-45			2	41-45	1	1	
46-50		1	2	46-50		1	2	46-50			2
51-55		1		51-55	1			51-55	1		
56-60	2	2		56-60	1	1	1	56-60	3		1
61-65		2	1	61-65		3		61-65		3	
66-70	1		1	66-70	1		2	66-70	1		2
71-75	5	1	6	71-75	8	2	2	71-75	4	1	5
76-80	2	1	5	76-80	5		3	76-80	5	1	1
81-85	1			81-85	1			81-85	1		
86 u. älter				86 u. älter				86 u. älter			
<b>Summe</b>	18	13	21	<b>Summe</b>	27	10	15	<b>Summe</b>	24	8	16

## 5.) Sonstige Bemerkungen

- es fehlte an Lockerheit und Frische
- Die Oppositionsrolle wird uns gut tun, zum geschlossenen Auftreten nach außen zurückzubringen
- Plakate – wie gestaltet und die übertriebene Menge – Mittel sparen und Umwelt schonen
- Bei einer Anpassungsstrategie in der Regierung, in der unser eigenes Profil nicht erkennbar ist, wendet sich ein Teil der Wähler aus Frust ab und ein anderer Teil wählt gleich das Original SPD.
- Plakate sind nichtssagend und können eingespart werden.
- Warum muss erst eine Wahl verloren werden, um sich zu entscheiden, eine Befragung der Mitglieder durchzuführen.
- Die verantwortlichen Genossen des LV hatten offensichtlich über Jahre hinweg keine Vorstellung davon, wie schlecht die Bevölkerung die rot-rote Koalition beurteilt.
- Die Linke muss den unstrittigen Ruf eines Anwaltes von Bürgerinteressen erwerben vor allen anderen Parteien. Wir sind weit davon entfernt
- Klassische und neu sich anbietende Bündnispartner wurden verschmäht oder missachtet,
- A100 – der seinerzeitige Schwenk (Abkehr von Koalitionsvereinbarung) schien mir zu populistisch. Was hat die LINKE gegen eine moderne, effiziente Verkehrspolitik – die gleichzeitig (nicht alternativ) auch Radwege u.a. einbezieht.
- Die Wähler nur zu informieren zur Wahl ist nicht günstig. Gut würde eine regelmäßige Info sein. Alle Parteien äußern sich und übersättigen den Wähler und es wird nicht mehr hingesehen. Wahlwerbung zu aufwendig und zu kostenintensiv
- Der Fragebogen ist sehr gut. Die Mitglieder werden direkt angesprochen. Zeiträume zur Abgabe länger wählen, damit die älteren Genossen ohne Internet auch beteiligt werden können.
- Zeitschrift Clara gut – könnte öfters erscheinen
- Materialschlacht mit den Plakaten beenden – Vorbereitung des Verzichts mit anderen Parteien, Geld für gute Zwecke investieren.
- Am konkreten Wahlkampf hat es nicht gelegen, die Partei muss auch außerhalb des Wahlkampfes präsenter werden
- Wir müssen unbedingt jünger werden, nicht nur personell. Ein „Selbstfindungsprozess“ tut Not.
- Gespräche und Foren über gesellschaftlich relevante Themen, die bei den Leuten Anerkennung finden,
- Info – Stände kommen gut an